

Glückliches Deutschland oder: Finger weg, Herr Schäuble!

Gastkommentar von Georg Anastasiadis

Unter dem Druck der Troika spart Griechenland an allen Ecken und Enden. Auch und vor allem das Gesundheitswesen wird nicht verschont. Die Ausgaben für Medikamente wurden ebenso gekürzt wie die Mittel für die öffentlichen Krankenhäuser. Daran änderten auch die massiven Proteste der griechischen Ärzteschaft nichts. Welche Auswirkungen die Einschnitte auf die medizinische Versorgung der Bevölkerung haben, bleibt abzuwarten. Im schlimmsten Fall kann es in Griechenland bald heißen: „Wer arm ist, stirbt früher.“ In einem Land in der Mitte Europas ist dieser Umstand skandalös. Doch Griechenland wäre kein Einzelfall. Auch in anderen EU-Mitgliedstaaten hängt die Qualität der medizinischen Versorgung enorm vom Geldbeutel der Patienten ab. Und das verfügbare Einkommen ist bekanntermaßen konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Läuft die Wirtschaft schlecht, müssen die Menschen sparen – auch beim Arzt oder Zahnarzt. Was nicht unbedingt notwendig ist, wird dann auch nicht mehr nachgefragt. Und schon wird aus dem Problem der Patienten auch ein Problem der Ärzte. Bereits bei der ersten Weltfinanzkrise, die 2008 in den USA ihren Anfang nahm, mussten viele amerikanische Mediziner um ihre Existenz bangen. Sie konnten ihre Hypotheken nicht mehr bedienen, ihre Mitarbeiter nicht mehr zahlen und mussten auch im privaten Bereich Abstriche machen.

Krisensichere GKV

In Deutschland haben die Ärzte von den Stürmen in der Weltwirtschaft bislang relativ wenig gespürt. Die Nachfrage der Patienten nach medizinischen Leistungen unterliegt hierzulande kaum konjunkturellen Schwankungen. Das ist ein Verdienst des deutschen Sozialstaats und der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Aller berechtigten Kritik zum Trotz hat sich die GKV über Jahrzehnte als wenig anfällig für Krisen aller Art erwiesen. Die Beitragsfinanzierung macht AOK & Co. unabhängig von den Kapitalmärkten und vom Zinsniveau. Die Selbstverwaltung entzieht die GKV zumindest dem unmittelbaren Zugriff der Politik. Zwar überbieten sich die Politiker derzeit mit Vor-



Foto: privat

Der Autor ist stellvertretender Chefredakteur des Münchner Merkur.

schlägen, was mit den Überschüssen der GKV geschehen könnte, doch noch haben auch die Kassen, die Kassenärztlichen Vereinigungen, der Gemeinsame Bundesausschuss und viele andere Gremien dabei ein Wort mitzureden. Das Beispiel Griechenland zeigt, welche Konsequenzen es haben kann, wenn man ein

Gesundheitssystem komplett staatlicher Willkür ausliefert. Von einer Erhöhung des Steuerzuschusses für die Krankenversicherung sollte man deshalb tunlichst Abstand nehmen. Die GKV darf nicht noch stärker am Tropf des Staates hängen. Das gilt aber auch umgekehrt: Es ist ein Skandal, dass sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Geld der Beitragszahler vergreifen will, um sein löchriges Staatssäckel zu stopfen.

Anspruch auf hochwertige Versorgung

Das konterkariert das Ziel einer verursachungsgerechten Zuordnung der Kosten für die medizinische Versorgung. Das deutsche Gesundheitswesen wird von denen finanziert, die seine Leistungen abrufen – den Beitragszahlern. Sie bringen zusammen mit den Arbeitgebern dafür 15,5 Prozent ihres Einkommens auf. Sie haben im Gegenzug Anspruch auf eine hochwertige medizinische Versorgung ohne Rationierung von Leistungen, frei von staatlicher Willkür. Nur so kann unser System seine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung behalten. Letztlich sichert das GKV-System mit seiner freien Arztwahl aber nicht nur die Qualität der medizinischen Versorgung, sondern auch die Existenz der Ärzte und Zahnärzte, ihrer Mitarbeiter und ihrer Familien. Darum werden wir zu Recht beneidet.

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.